

# **Urteil zu LSG-LSA 2014-07-26-a**

Zum

## **Antrag auf Aufhebung der Absätze (4) und (5) des Abschnittes D der Satzung des Landesverbandes der Piratenpartei Sachsen-Anhalt**

des

Pirat X

im folgenden Antragsteller genannt

gegen

Landesparteitag des Landesverbands Sachsen Anhalt, Piratenpartei Sachsen-Anhalt,

Landesverband Piratenpartei Sachsen-Anhalt,

im folgenden Antragsgegner genannt

hat das Landesschiedsgericht Sachsen-Anhalt in seiner Sitzung am 18.09.2014, vertreten durch die Richter Dominik Wondrousch, Michel Vorsprach, Maik Sommer, Angelika Saidi und Roman Ladig, folgendes Urteil gefällt:

## **Urteil:**

Ein Verfahren wird nicht eröffnet.

### **I. Sachverhalt**

Der Antragssteller beantragte am 26. Juli 2014 die Absätze (4) und (5) des Abschnittes D der Satzung des Landesverbandes der Piratenpartei Sachsen-Anhalt für nichtig zu erklären und aus der Satzung zu streichen. Am 01.08.2014 forderte das LSG-LSA den Kläger auf, den eigenen Anspruch oder eine Verletzung in einem eigenen Recht gemäß §8 (1) BSGO auszuführen.

Der Kläger wies am 02.08.2014 auf die ihm nach dem Parteiengesetz (§15) zustehenden Mitglieds- bzw. Beteiligungsrechte hin. Die Art der Benutzung von "LQFB" würde diese Rechte erheblich beeinträchtigen. Eine hinreichende Darstellung der Verletzung bzw. Beschneidung seiner eigenen Rechte erfolgte nicht.

### **II. Begründung**

Die Absätze (4) und (5) des Abschnittes D der Landessatzung beinhalten keine Verpflichtung einer bestimmten Reihenfolge der Behandlung bestimmter Anträge.

Zwar enthält die Satzung Hinweise zur Sortierung bzw. Priorisierung von Anträgen, jedoch beschließt jedes Organ des Landesverbandes selbst über seine Antragsreihenfolge. Die letztendliche Entscheidungsvollmacht obliegt dabei immer dem jeweiligen Organ.

Die Darlegung des Klägers mit dem Hinweis auf § 15 PartG stellt keinen eindeutigen Zusammenhang zu einer möglichen Rechtsverletzung her. Es ist nicht Aufgabe des Schiedsgerichtes eine solche zu konstruieren.

Ein Verfahren wird nicht eröffnet, da die Anforderungen einer formgerechten Anrufung im Hinblick auf die Verletzung im eigenen Recht nicht erfüllt sind.

**Rechtsmittelbelehrung**

Gegen das Urteil des Landesschiedsgerichts Sachsen-Anhalt steht dem Antragsteller sowie dem Antragsgegner die Berufung als Rechtsmittel zur Verfügung (§13, BSGO). Die Berufung ist innerhalb von 14 Tagen beim

Bundesschiedsgericht der Piratenpartei Deutschland,  
Pflugstraße 9a  
10115 Berlin,  
(E-Mail: [schiedsgericht@piratenpartei.de](mailto:schiedsgericht@piratenpartei.de))

begründet einzureichen.

gezeichnet

Das Schiedsgericht des Landesverbandes Sachsen–Anhalt der Piratenpartei Deutschland  
Dominik Wondrousch, Maik Sommer, Angelika Saidi und Roman Ladig